

# Zeitung

Deinundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 47.

Halle, Mittwoch, den 29. Januar.

1919.

### Anzeigen

werd. A. 7spalt. 30mm dr. Kolon-  
gelle oder deren Raum mit 4 Pf.  
berechnet u. in unseren Annahme-  
stellen u. allen Anzeigengeschäften  
angemessen. Reklamen die 22 mm  
breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen  
Annahmefrist vom 1. 11. Uhr,  
für die Sonntags-Dr. abends  
6 Uhr. Adressierungen, sowie zu-  
sätzliche Anzeigen, müssen schriftlich  
erfolgen. Erklärungsart: Halle. Erstein-  
mal 1.25 Mk., Sonntags 1 mal. Schrift-  
leit. u. Haupt-Veranstaltung: Halle,  
Neue Promenade 1a, Dr. Braun-  
hausstr. 17. Neben-Veranstaltung:  
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

### Bezugspreis

für Halle monatlich bei zweimaliger  
Zahlung 1.85 Mark, vierteljährlich  
5.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark  
auswärts. Zustellungsgelder, Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
poststellen angenommen. Im  
einmaligen Zeitungsverzeichnis unter  
Zeitung-Zustellungsgeldern. Für un-  
verlangt eingegangene Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit der Quellen-  
angabe „Zeitung“ gestattet.  
Verantwortl. Redakteur: Dr. 1149,  
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1149,  
der Zeitschriften-Abteilung Nr. 1133;  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4000.

# Kampf gegen den Bolschewismus.

Das Wahlergebnis im Wahlkreise Merseburg—Erfurt—Schmalkalden.

## Das Merseburger Wahlergebnis.

WTB. Halle, 28. Jan. Umfängliches Ergebnis der Wahlen  
im Wahlkreise Merseburg-Erfurt-Schmalkalden für die preu-  
ßische Landesversammlung: Es erhielten

**im Regierungsbezirk Merseburg:**

- die Unabhängigen . . . . . 268 823,
- die Mehrheitssozialisten . . . . . 89 240,
- die Demokraten . . . . . 157 438,
- die Deutschnationalen . . . . . 79 131,
- die Deutsche Volkspartei . . . . . 11 658,
- die Christliche Volkspartei . . . . . 6 595;

**im Regierungsbezirk Erfurt:**

- die Unabhängigen . . . . . 75 191,
- die Mehrheitssozialisten . . . . . 48 198,
- die Demokraten . . . . . 47 253,
- die Deutschnationalen . . . . . 39 146,
- die Deutsche Volkspartei . . . . . 596,
- die Christliche Volkspartei . . . . . 45 466;

**im Kreise Schmalkalden:**

- die Unabhängigen . . . . . 6 504,
- die Mehrheitssozialisten . . . . . 7 123,
- die Demokraten . . . . . 3 710,
- die Deutschnationalen . . . . . 1 847,
- die Deutsche Volkspartei . . . . . 9,
- die Christliche Volkspartei . . . . . 74.

Es entfielen somit insgesamt

**im Wahlkreise an Stimmen auf**

- die Unabhängigen . . . . . 350 518,
- die Mehrheitssozialisten . . . . . 144 561,
- die Demokraten . . . . . 206 401,
- die Deutschnationalen . . . . . 120 124,
- die Deutsche Volkspartei . . . . . 12 265,
- die Christliche Volkspartei . . . . . 82 135.

Demnach haben erhalten: die Unabhängigen 8 Sitze,  
die Mehrheitssozialisten 3, die Demokraten 5, die Deutschnationalen 2,  
die Christliche Volkspartei 1, während auf die Deutsche Volkspartei  
kein Sitz entfiel.

## Das bisherige Gesamtergebnis.

WTB. Berlin, 28. Januar. Bis 7 Uhr abends liegen die  
Ergebnisse aus 12 von 23 Wahlkreisen vor. Demnach sind für die  
reichliche Präsidentschaftswahl bisher 107 Abgeordnete gemählt  
worden. Die sich folgendermaßen verteilen: Deutschnationalen 23,  
Christliche Volkspartei 23, Deutsche Volkspartei 19, Demokraten  
15, Sozialdemokraten 85, Unabhängigen 13. Außerdem sind auf die  
Schleswig-Holsteinischen Bauern- und Landarbeiter ein Sitz und  
auf die Deutsch-Schleswig-Holsteinische Partei (Welfen) im 76. Wahl-  
kreis zwei Sitze entfallen.

## Die Wahlergebnisse in Großberlin.

Berlin, 28. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Vom  
Stadtbezirk liegen jetzt die Wahlergebnisse so weit vor, daß  
wir nach im ganzen 6 Wahlbezirke ausziehen. Nach den  
letzten Ergebnissen haben erhalten: Mehrheitssozialisten  
841 490, Unabhängigen 269 264, Demokraten 142 552, Deutschna-  
tionale 97 945, Christliche Volkspartei 52 261, Deutsche  
Volkspartei 51 692, Reformen 14 Stimmen. Ungültig sind  
2301 Stimmen.

## An alle deutschen Männer!

Mahnruuf zur Verteidigung gegen den  
Bolschewismus.

Berlin, 28. Jan. Der Zentralrat der deutschen sozia-  
listischen Republik, gezeichnet Cohen und der Oberbefehlshaber  
der Regierungskräfte in Berlin, Noack, erlassen folgenden

**Zufufan an alle deutschen Männer:**

Von Tag zu Tag nimmt die unsere Heimat von Osten  
drohende furchtbare Gefahr zu. Rußland, Polen und Litauen  
greifen nach deutschem Besitz. Schon stehen die Armeen der  
Bolschewisten vor den Toren Ostpreußens, und die Polen weis  
in a-ostfälisches Gebiet. Auch im Innern unseres Staatskörpers  
macht die bolschewistische Bewegung weitere Fort-  
schritte. Ungeachtet des namenhaften Entschs, das der Bolsche-  
wismus über das russische Volk herabgeschleudert hat, bereiten  
gewissenlose Elemente von neuem den blutigen Kampf gegen die  
Heimat zu. Wenn es einer terroristischen An-  
derheit gelingt, die Macht an sich zu reißen,  
Staat der verhängenen Freiheit wird, wie in Rußland, immer  
findecksch, Erwerb und Rechtlosigkeit des Los unfestes Bol-  
schew. Woher es auch sein mag, wenn es eine derartige Döller  
über die städtischen Grenzen her einbreche. Es  
allen, die ihr vier Jahre lang die deutsche Heimat heiligt  
geschützt hat, gilt in erster Linie die deutsche Freiheit. Es  
geht nicht, die Freiheit Not abzuwenden. Macht Euch bei den  
Freiwilligen-Verbänden, die die Regierung zum Schutz der  
Grenzen und zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ord-  
nung im Innern aufgestellt hat. Kommt nach Berlin zur  
Bard-Kavallerie-Schützen-Division (Werbureau Deutsches  
Königreich, Nürnberg-Strasse 70), dann zum Regiment

Reinhardt (Mosbit, Neues Kriminalgericht), zum Landesjäger-  
korps (Schlag, Albrechtstraße 131), zum Landes-Schützenkorps  
(Berlin, Joachimsthaler Straße 38), zum Freikorps Hülken  
(Coulis-Gäß, Berliner Straße, Charlottenburg), zur Deut-  
schen Schützen-Division (Charlottenburg, Rant Straße 34). Mel-  
det Euch bei den von den Generalkommandos in der Provinz  
ausgestellten freiwilligen Verbänden und bei den Bezirkskom-  
mandos. Pflicht aller Behörden und Arbeitunternehmer ist  
es, die Werbung mit allen Mitteln zu unterstützen. Sie wählen  
im Interesse der großen Sache dafür sorgen, daß die sich  
freiwillig Meldenden keinen Schaden für ihre dienliche, ge-  
schäftliche und wirtschaftliche Zukunft erleiden.

## Die künftige Reichsregierung.

Berlin, 28. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir  
hören, soll die Frage der Bildung der künftigen Reichs-  
regierung schon in den nächsten Tagen, jedenfalls  
noch vor Beginn der Nationalversammlung, zu Verhand-  
lungen führen, an denen außer der Sozialdemokratischen  
Partei auch die Deutsche demokratische Partei teilnehmen  
wird. Es verlautet, daß die Sozialdemokraten neben den  
Abgeordneten Ebert und Scheidemann auch den Ab-  
geordneten Plöbe als Mitglied vorkandidieren werden. Von  
der Demokratischen Partei sind als Kandidaten für die  
künftige Reichsregierung aufgeführt der jetzige Staatssekretär  
des Reichsfinanzamts Dr. Schiffer, der Staatssekretär des  
Innern Dr. Breuß und der Abgeordnete Dr. Neu-  
mann-Spöcker. Auch die Wahl des künftigen Präsidenten  
der deutschen Republik beschäftigt die politischen Kreise.  
Wie unser Korrespondent zuverlässig hört, ist Dr. Wers-  
muth, der Oberbürgermeister der Stadt Berlin, in den  
Vordergrund gestellt worden.

## Protest der württembergischen Landesversammlung gegen eine Zerlegung Preußens.

WTB. Stuttgart, 28. Januar. (Drahtnachricht.) In der  
heutigen Sitzung der württembergischen Landesversammlung gab  
der Minister des Innern Dr. Lindemann folgenden Beschluß der  
parlamentarischen Regierung zum Reichsversammlungsamt bekannt:  
Eine Zerlegung des Reiches lehnen wir ab. Wir halten  
daran fest, daß der Charakter der Bundesstaaten im wesentlichen  
erhalten bleibt und sind weiter der Ansicht, daß Verfassungen, wie  
sie im § 12 der Reichsverfassung niedergelegt sind, nicht ohne Zu-  
stimmung der Bundesstaaten in die Reichsverfassung aufgenommen  
werden können. Wir geben davon aus, daß der Bestand  
Preußens im wesentlichen erhalten bleibt. Sollte eine Zerlegung  
eintreten, so würde das nach unserer Auffassung die Bildung  
einer zentralen Reichsregierung bedeuten, was mit dem Ende der  
Bundesstaaten gleichbedeutend wäre und sie zu Selbstverwal-  
tungsformen herabdrücken würde. Ein Betreten dieses Weges  
würde am Verfall des Reiches führen, dessen Einhalt allein durch  
eine föderative Verfassung vermittelt werden kann.

## Rückkehr der Schutztruppe aus Ostafrika.

WTB. Berlin, 28. Januar. (Drahtnachricht.) Die en-  
gliche Regierung hat die deutsche Botschaft in London mitgeteilt,  
daß der General von Lettow-Vorbeck mit seiner Schutz-  
truppe sich noch in Dar-es-Salaam befindet. Der Tag der Rück-  
kehr nach Deutschland ist noch nicht festgelegt, doch soll der Ab-  
marsch bald erfolgen. Die Truppe wird vorwiegend aus ein-  
heimischen Mannschaften bestehen. Die nach Ostafrika ab-  
unternommenen Schritte, die baldige Heimkehr der noch in  
feindlicher Hand befindlichen Kolonialtruppen, namentlich aber  
der Frauen und Kinder, zu erwirken, werden fortgesetzt. Näheres  
ist bei den zuständigen Stellen, dem Reichsministerium und dem  
Kommando der Schutztruppe, nicht bekannt. Sobald weitere Mel-  
dungen eintröfen, erfolgt sofort Veröffentlichung in der Presse.

## Heimkehr aus der Türkei.

WTB. Berlin, 28. Januar. (Drahtnachricht.) Am  
19. Januar ist in München ein weiterer Transport von Zivilge-  
fangenen bestehend aus 543 Deutschen und drei Österreichern aus der  
Türkei einetroffen. Die Abreise von Konstantinopel erfolgte am  
3. Januar an Bord eines italienischen Dampfers, der die Refusen-  
den bis nach Beneid brachte, von wo sie über Verona, den Brenner  
und Innsbruck weiterbefördert wurden. Die italienischen Behörden  
haben durch entgegenkommendes Verhalten zur Erleichterung der  
Reise beigetragen.

## Der englische Entwurf des Völkervertrages.

WTB. London, 28. Januar. (Neuter.) (Drahtnachricht.)  
Die Völker veröffentlichen die Details des britischen Entwurfs  
für den Völkervertrag, der den Grundriss der Völkerverfassung und des  
Zwanges gegen einen der Anglizien schiedenen Staat auswirft.  
Die britischen Vorschläge sehen die Regelung von Streitigkeiten un-  
ter den Aufgaben des Völkervertrages an die erste Stelle. Ferner  
die Unterbindung von neuen Staaten, Ueberwindung des Handels  
mit Waffen von Rußland, Aufrechterhaltung der Freiheit der  
Verkehrswege der regelmäßigen Handelsbeziehungen, Bereit-  
stellung wirtschaftlicher, gesundheitlicher und anderer gemeinsamer  
Frage und die Erziehung gemeinsamer Organisationen für die  
Behandlung der internationalen Arbeiterfragen. Deutschland soll  
fürs erste ausgeschlossen werden, aber nicht unlangsam. Unter  
den anderen Vorschlägen befindet sich ein solcher zur Erziehung  
eines Schlichterhofes für die Regelung rechtlicher Streit-  
fragen bis zur Schöpfung eines dauerhaften Schlichterhofes für  
die internationalen Streitigkeiten solcher Art.

## Deutschland, eine sozialistische Republik?

Von Dr. Mugdan.

In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Köln.  
Ztg.“ hat der Volksbeauftragte Ebert behauptet, daß das  
Ergebnis der Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung  
nachträglich das Recht der Sozialdemokratie bestätigt habe,  
im Namen des Volkes die Regierung zu führen. Tatsäch-  
lich haben die Wahlen ergeben, daß 15 570 000 nichtsozia-  
listische Wähler und Wählerinnen 13 482 000 Sozial-  
demokraten gegenüberstehen. Die gegenwärtige sozialdemo-  
kratische Reichsregierung kann also nicht als eine solche  
gelten, die das Vertrauen der Mehrheit des deutschen Volkes  
hat, besonders jetzt, wo ja nur die Mehrheitssozialisten  
hinter der Regierung stehen, die bei der Wahl zur Deutschen  
Nationalversammlung nur 11 283 000 Stimmen aufgebracht  
haben.

Die Mehrheit des deutschen Volkes will ein demo-  
kratisches Deutschland, aber hat sich im Gegensatz zu der  
Ausführung des Volksbeauftragten Ebert gegen eine sozia-  
listische Deutschland erklärt. Deshalb ist es auch vollständig  
unberechtigt, wenn der Volksbeauftragte Ebert weiter in  
der Unterredung gefordert hat, daß die Deutsche demokratische  
Partei nun dann an einer neu zu bildenden Reichsregierung  
teilnehmen könne, wenn sie mit der Sozialdemokratie aus  
im sozialistischen Sinne zusammenarbeiten wolle.

Aber herabzuernst Herr Ebert bei den Massen  
widerum die Hoffnung auf eine baldige Sozialisierung des  
Wirtschaftslebens, eine Hoffnung, die sicherlich in absehbarer  
Zeit nicht erfüllt werden dürfte, und die wegen der Nicht-  
erfüllung entsetzliche Mißstimmung der sozialdemokratischen  
Massen ist ein lebendes Hindernis für die Wiederher-  
stellung der inneren Ordnung und unseres Wirtschaftslebens.

Der Wirtschaftskörper Deutschlands ist so krank, daß eine  
Heilung nur erfolgen kann, wenn überall über ihn wölft  
Klarheit geschaffen wird. Deutschlands Industrie ist in Ge-  
fahr, zu einem großen Teile stillgelegt zu werden; die Loh-  
höhen, die fortwährenden Arbeitsmissetellungen und die ver-  
minderten Arbeitsleistungen nehmen sehr vielen Betrieben  
jede Ertragsmöglichkeit. Dazu kommen die hohen Lebens-  
mittelpreise. Diese können auch bei einer Einfuhr aus dem  
Auslande bei dem geringen Werte unserer Währung nicht  
viel sinken. Deshalb ist die nächste Forderung, wenn Deutsch-  
land nicht rettungslos verloren sein soll, eine Steigerung  
der landwirtschaftlichen Produktion und eine verstärkte  
Kohlenförderung. Wir haben dagegen jetzt fortwährende  
Streiks der Bergarbeiter, eine gegen frühere Jahre um  
mehr als die Hälfte herabgesetzte Kohlenförderung, und wir  
haben zurzeit einen so großen Mangel an Landarbeitern,  
daß die notwendigsten landwirtschaftlichen Ar-  
beiten an vielen Orten nicht erfüllt wer-  
den können. Jede Ausbeutung einer allgemeinen Sozia-  
lisation wird den Bauern zweifellos veranlassen, seine Pro-  
duktion nicht zu steigern, und das Verprechen einer Sozia-  
lisation der Bergwerke, das man jetzt anwendet, um Streiks  
der Bergarbeiter zu verhindern, wird nicht eingelöst werden.  
Denn würde es erfüllt, dann würden die gegenwärtigen im  
Besitze Privater befindlichen Bergwerke als Reichseigentum  
zur Verfügung unserer Feinde stehen, und daß dabei Reich  
und Bevölkerung Deutschlands keinen Vorteil haben würden,  
ist sicher.

Wenn Herr Ebert und seine Mitarbeiter nicht die schwere  
Schuld auf sich laden wollen, durch Nachgiebigkeit und  
Schwäche Deutschland ruiniert zu haben, dann müssen sie  
auch ihren Anhängern ungeschämt die Wahrheit sagen, daß  
in Deutschland in absehbarer Zeit von einer Sozialisierung  
nicht die Rede sein kann, daß das Los jedes Deutschen, auch  
des Arbeiters, für die nächsten Jahre arme Arbeit sein wird,  
daß die Löhne schon jetzt fast sinken werden und daß es  
nachdem notwendig ist, um arbeitslos gewordene  
Industrie-Arbeiter aus gegen ihren Willen zur Uebernahme  
landwirtschaftlicher Arbeit anzuzwängen.

Deutschland ist zwar kein sozialistischer Staat geworden,  
und wird es auch nicht werden, aber es muß nach dem Willen  
der bürgerlichen Demokratie ein Staat sein, in dem die  
Erfüllung sozialer Aufgaben an erster  
Stelle steht, ein Staat, dessen Gesetzgebung und Ver-  
waltung auf die Verhältnisse der Arbeiter die größte Be-  
rücksichtigung nimmt, ein Staat, in dem alles für das  
Boll und Busch das Boll und Busch

Die ersten zuverlässigen Wahlergebnisse.

Berlin, 28. Jan. Bis heute mittag lagen erst Resultate aus 5 Wahlkreisen von insgesamt 23 Wahlkreisen vor, aus denen man mit einiger Sicherheit die Verteilung der Sitze auf die verschiedenen Parteien entnehmen kann...

Wahlresultate aus dem Reich.

- 15. Wahlkreis Stade, Aurich, Osterholz: In den Wahlen zur preussischen Landesversammlung erhielten die Christlichen Parteien 87 907 Stimmen (2 Sitze)...

Die Nationalversammlung als höchste Instanz.

Berlin, 28. Januar. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt zu den Beratungen über den Entwurf der provisorischen Verfassung unter anderem, dass gleichzeitig mit der Nationalversammlung ein provisorisches Legislativorgan ins Leben treten wird...

Die Entscheidung in der Kolonialfrage.

London, 27. Jan. Reuter stellt fest, daß die Meinung, wonach das zukünftige Schicksal der früheren deutschen Kolonien der Entscheidung des Völkerrundes vorbehalten werden soll, in seiner Weise bedeute, daß eine etwaige Zurückgabe der früheren Besitzungen auf Deutschland in Frage kommt...

Paris, 28. Jan. Havas meldet amtlich: Präsident Wilson, die Ministerpräsidenten und Minister des Reiches waren mit den Vertretern der Nationalversammlung am 10. Uhr bis mittag und am Nachmittag von 3 bis 5 Uhr verhandelt...

Paris, 28. Jan. (Havas.) In der heutigen, von Clemenceau geleiteten Sitzung der Vertreter der Großmächte am Quai d'Orsay gab Wilson Kenntnis von den Anweisungen, die er für die internationalisierte Untersuchungskommission, welche nach Polen gehen soll, ausgearbeitet hat...

Am Ehre und Recht.

Roman von Fr. Sembdner. Rotker beobachtete ihn nicht, bis er dicht vor seinem Tische stand. „Was wollen Sie?“ fuhr er auf. „Mein Name ist Stanislaus von Protowsky, und wenn Sie Herr Rotker sind, werden Sie mich wissen, was ich will...“

mit, wonach Regierungsausschüsse und die Samoajensen in Neuzealand, sowie Südamerika die Subarkitaneer jagen sollen. Sodann kamen Mexiko, Togo und Kamerun zur Sprache...

Spartakus in Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven, 28. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Zu den Vorgängen in Wilhelmshaven wird noch so folgendes mitgeteilt: Das in der letzten Nacht im geheimen Feuergefecht, bei dem von beiden Seiten Maschinengewehre und Artillerie in Tätigkeit traten, dauerte von abends 10 Uhr bis 2 Uhr nachts...

Der amerikanische Generalsstaatsanwalt über Wilhelm II.

Paris, 28. Jan. Die Pariser Ausgabe des „Daily Mail“ bringt eine Unterredung mit George W. Williams, früheren Generalsstaatsanwalt Amerikas und Mitglied in Totis Kabinett, über die Schuld des Kaisers. Er erklärte, juristisch sehe er keine Möglichkeit, den Kaiser zu verurteilen...

Bedrohliche Lage in Irland.

Nottingham, 28. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Aus London wird gemeldet, daß die Lage in Irland bedrohlicher denn je. Kennen der irischen Verhältnisse sind hierher, daß die Zustände in Irland der englischen Regierung viel zu schaffen machen werden...

3 Millionen Pfund Sterling öffentlicher Gelder in die Hände zu bekommen. Deshalb bedeuten die nächsten Monate eine kritische Zeit für die englische Regierung. Die Sinnfeinder sind gut organisiert. Sie haben Drill und Sägen sich mühselig Geboten eine rüchichtslosen Disziplin...

Niederlage der bolschewistischen Heere in Estland.

London, 28. Jan. Reuter erklärt, daß nach den letzten Nachrichten, die die britischen Militärstellen erhalten haben, die Niederlage der bolschewistischen Heere in Estland jetzt vollständig ist. Diese Niederlage hat die Cominternpropaganda völlig getraut, die verlorst die Verunsicherung der Polen Garbe und die revolutionäre Begeisterung...

Das neue portugiesische Kabinett.

Lissabon, 28. Jan. (Havas.) Das Kabinett ist wie folgt besetzt worden: Vorkanzler und Unterrichts José Rolao, Außenminister, Krieg General Silveira, Kolonial Carlos Bana, Landwirtschaft und Ernährung George Nunes, Justiz und Internationales Georges für den zur Friedenskonferenz delegierten Maria; Gonçalo de Costa. José Rolao übernimmt vorübergehend bis zur Ernennung der Minister, Marine, Handel und öffentliche Arbeiten...

Aus der demokratischen Bewegung.

Die Deutsche demokratische Partei hat ihren ersten Wahlsatz ehrenvoll bestanden. Nicht weniger als 76 Abgeordnete zählten in die Deutsche Nationalversammlung ein. Die Deutsche demokratische Partei hat ihren ersten Wahlsatz ehrenvoll bestanden. Nicht weniger als 76 Abgeordnete zählten in die Deutsche Nationalversammlung ein...

Organisation ist immer eine schwere Sache. So mancher schöne Wille in der Geschichte des freirechtlichen Bürgerturns ist nicht mehr verwirklicht, weil es an dem harten Willen und der Opferwilligkeit zur weiteren Parteilichkeit und der Organisation fehlte. Die nächste Wahl zeigte noch herbe Niederlagen. Die junge Deutsche demokratische Partei hat vieles Neue gebracht, vor allem in der Überwindung ungeliebter Parteigruppierungen. Und darin muß sie jetzt eine Wandlung gegen früher bringen...

„Was?“ schrie Stanislaus in furchtbarem Erdröden. „Sie haben den Wechsel an Fritz Born auf Neuhof verkauft?“ „So ist es“, bestätigte Rotker und trank ein Glas Brantwein aus. „Stanislaus schien zu wanken, Totenblässe bedeckte sein Gesicht, seine Arme zitterten und er mußte sich auf die Lehne eines Stuhles stützen, um nicht umzukippen...“

Sollte er das als einen Wink des Schicksals auffassen? Sollte er nach Neuhof gehen, um zu versuchen, ob er den ominösen Wechsel bei Fritz Born einlösen konnte? Er hob entschlossen den Kopf. Der Mut oder vielmehr die Frechheit der Verweigerung erfaßte ihn, und mit entschlossenen Schritten machte er sich auf den Weg nach Neuhof. Er war das Gehen nicht gewohnt und die Justionen straßte warm von dem wolkenlosen Himmel. Die Schneeflocken tropfen perlen über sein Gesicht, das dunkle Wäde überzog. So langsam er jetzt wieder erdrückt in Neuhof an. Wehrete mit bultendem Heu beladene Wagen hielten vor der Scheune und wurden unter Aufsicht Ferns abgeladen...



